



Wie bekommt man eigentlich eine Tarif- oder Gehaltserhöhung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erst am 30. März 2012, in der dritten Verhandlungsrunde, haben sich die Arbeitgeber von Bund und Kommunen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Potsdam nach imposanten Warnstreiks in verschiedenen Städten der Bundesrepublik auf eine durchaus beachtenswerte Tarifierhöhung geeinigt. Das Ergebnis ist in dieser Ausgabe auf den Seiten der Bundes-GdP nachzulesen. Seitens der DGB-Gewerkschaften verhandelten und kämpften erneut ver.di, GEW und GdP gemeinsam für Tarif- und Gehaltsverbesserungen.

Am 19. März 2012 folgten auch in Niedersachsen 20 000 Mitglieder dem Aufruf der Gewerkschaften und zeigten mit dieser eindrucksvollen Demonstration auf dem Opernplatz in Hannover und durch einen eintägigen Warnstreik, dass es ihnen ernst ist mit einer angemessenen Verbesserung ihrer Löhne und Gehälter. Unter den Demonstrierenden waren auch etliche GdP-Fahnen zu sehen, weil zum einen Beschäftigte der Bundespolizei anwesend waren, aber auch, weil sich etliche aus der Landespolizei in ihrer Freizeit solidarisch mit den Kollegen/-innen in Bund und Kommunen zeigten und damit auch für die nächsten Tarifverhandlungen der Länder Anfang 2013 signalisierten, dass sie eine entsprechende Verbesserung ihrer Bezüge erwarten.

Nach der unsäglichen Föderalismusreform hat man ja den Eindruck, dass immer irgendwo Tarifverhandlungen stattfinden und der „Normalbürger“ denkt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes andauernd mehr Geld erhielten. Dass das nicht so ist, ist den Bürgerinnen und Bürgern nur schwer zu erklären. Fest steht jedenfalls, dass abhängig Beschäftigte, ob in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst, nur dann mehr Geld und andere Verbesserungen erhalten, wenn sie sich in Gewerkschaften organisieren und bewegen. Und zur Durchsetzung von berechtigten Forderungen gibt es Gott sei Dank das Instrument von Warnstreiks und Streiks.

Warum merke ich das ausdrücklich an? Nach den notwendigen Warnstreiks



Dietmar Schilff

Foto: Archiv GdP

auch in Hannover, haben wir als GdP einen Austritt aus unserer Solidargemeinschaft erhalten, der mich sehr nachdenklich gestimmt hat. Das ehemalige Mitglied schrieb uns in seiner Austrittserklärung, dass er zwar grundsätzlich mit der Arbeit der GdP zufrieden sei, er aber am Morgen des Warnstreiks in Hannover an einer Haltestelle der ÜSTRA gestanden und sich geärgert habe, dass keine Bahn fahre. Deshalb trete er mit sofortiger Wirkung aus der GdP aus. Dem Kollegen wurde schriftlich geantwortet und argumentiert, dass gerade nur durch diese Maßnahmen die Arbeitgeber mit einem Angebot an den Verhandlungstisch geholt werden könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten unsere Urgroßeltern nicht für ihre Rechte gestritten, hätten wir diese jetzigen Möglichkeiten der tariflichen Auseinandersetzung nicht. Viele dieser Wegbereiter sind in den Anfängen sogar zu Schaden gekommen. Derzeit versuchen einige Kräfte, die Errungenschaften wieder zu beschneiden. Hätte dies Erfolg, würden wir vermutlich wieder so behandelt werden, wie die Arbeitnehmer/-innen im 19. Jahrhundert. Sie waren es, die für gute Produktion, gute Zahlen und insgesamt gute Ergebnisse verantwortlich waren, doch statt gerechter Verhältnisse wurde ihnen unmenschlicher Umgang zuteil.

Nicht alles gelingt sofort und immer, und auch Verschlechterungen durch die Politik müssen wir über uns ergehen lassen. Klar ist aber, dass wir auch heute Erhöhungen unserer Löhne und Gehälter nun mal nicht alleine durchsetzen können und auch die Verbesserung von Ungerechtigkeiten sind nur durch starke Gewerkschaften zu erreichen.

Noch zwei letzte Anmerkungen:

1. Wir haben auch viele Schreiben erhalten, die einfordern, noch weitergehende Aktionen durchzuführen, die über das derzeitige Zulässige hinausgehen. Hier haben wir als GdP aber eindeutig die Haltung, dass wir uns natürlich an das aktuelle Recht halten.

2. Dem Kollegen, der mit der obigen Begründung aus unserer Solidargemeinschaft ausgetreten ist, werde ich nach der Verhandlungsrunde für die Landesbeschäftigten im nächsten Jahr einen Brief schreiben und fragen, ob er wieder eintreten will, jetzt wo sein Gehalt nur aufgrund von gewerkschaftlichen Aktionen wieder einmal angestiegen ist.

Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender

**GUTE ARBEIT
FÜR EUROPA** DGB

**GERECHTE
LÖHNE**

**SOZIALE
SICHERHEIT**

www.dgb.de

**1. MAI
TAG DER ARBEIT**



Der Präsident des LPPBK, Uwe Binias, besuchte die GdP-Geschäftsstelle zu einem intensiven Gespräch mit Dietmar Schilff

Die Themenpalette und damit die zu bearbeitenden Bereiche sind groß. Dies stellten Uwe Binias und Dietmar Schilff gleich am Anfang ihres Gespräches am 12. April 2012 fest und vereinbarten folgerichtig, dass ein regelmäßiger Austausch zwingend erforderlich ist.

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe 6/2012 bis zum 30. April 2012 und für die Ausgabe 7/2012 bis zum 30. Mai 2012.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion



Uwe Binias (Präsident LPPBK) und Dietmar Schilff

Foto: Jana Herzog

Wartezeiten im Eingangsamt A 9 dulden es nicht länger, dass hier weiter sowohl Konzepte als auch Lösungen fehlen. Es mangelt aber auch an Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte/-innen.

Direktversetzungen

Kritisch diskutiert wurden die Direktversetzungen von Absolventen der Polizeiakademie in die ermittelnden Bereiche, mit denen weder

Natürlich stand die aktuelle Entwicklung der Ereignisse in Emden/Aurich im Mittelpunkt. Einig waren sich Binias und Schilff, dass eine umfassende Aufklärung der Situation erforderlich ist, die sachlich geführt und nicht überstürzt betrieben werden darf.

der Organisation noch den unmittelbar Betroffenen ein Gefallen getan wird. Eine Lösung wäre – wie von der GdP seit jeher thematisiert –, die Auswahl über die Rekrutierung für die ermittelnden Bereiche vor Ort zu belassen.

Dienstpostenkonzept A 11

Dietmar Schilff betonte, dass bereits im Gespräch des GsV mit der Staatssekretärin am 3. April 2012 die Position der GdP deutlich gemacht wurde, dass die Ergebnisse der Umsetzung des Dienstpostenkonzeptes A 11 zeigen, dass sich dieses nicht bewährt habe. Die bereits im Vorfeld von der GdP beschriebenen Probleme realisieren sich zunehmend. Die Lösung kann nur eine Abkehr von diesem Konzept sein, das Unruhe und Unzufriedenheit schafft, so Schilff.

Perspektiven für alle Beschäftigten

Dies allein genügt aber nicht, um den Beschäftigten in der Polizei vernünftige Perspektiven zu eröffnen. Die überlangen

Versetzungen in den Einzeldienst

Problematisch ist weiter, dass bei der Versetzung von der Bereitschaftspolizei in den Einzeldienst zum Teil die regionalen Einstellungen nicht beachtet werden. Die GdP fordert hier Bemühungen, den Aspekt der Regionalisierung auch zu berücksichtigen, wenn dies zu einer Versetzung über den Bedarf der einstellenden Behörden führt.

Weitere Themen waren die Implementierung des Gesundheitsmanagements in der Polizei, die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Dienstkleidungserlasses und die aktuelle Entwicklung im Bereich IuK.

Schilff und Binias kamen überein, das Gespräch fortzuführen, um den vielfältigen Themen der Polizei gerecht werden zu können.

Jana Herzog



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



GdP IM GESPRÄCH

Dietmar Schilff im Gespräch mit dem Leiter der Polizeiseelsorge, Pastor Frank Waterstraat

In einem intensiven Gespräch tauschten der Leiter des „Kirchlichen Dienstes in Polizei und Zoll“ der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Pastor Frank Waterstraat, und der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff Erfahrungen über ihre Arbeit in der Polizei sowie ihre Ansprüche an einen respektvolleren Umgang mit den Beschäftigten in der Polizei aus.



Frank Waterstraat und Dietmar Schilff
Foto: Jana Herzog

Im Mittelpunkt des Gespräches stand die Stimmungslage in der Polizei, die Anlass zur Sorge gibt. Dietmar Schilff stellte fest, dass es insgesamt an der erforderlichen Wertschätzung polizeilicher Arbeit fehlt. Insbesondere durch das Dienstpostenkonzept A 11 werde die Arbeit der einzelnen Polizeibeamten/-innen nicht mehr ausreichend gewürdigt. Bei Teilen der Politik und der Öffentlichkeit fehle der richtige Fokus für die Besonderheiten des Polizeiberufes. Waterstraat, in dessen Büro die Plakate der GdP „Auch Mensch“ hängen, zeigte sich bestürzt über den teilweise respektlosen Umgang „auf der Straße“ gegenüber Polizisten/-innen, die er als Mitfahrer im Streifenwagen mehrfach selbst beobachtet habe. Er appelliere an die Verantwortlichen, dass der Polizist/die Polizistin viel intensiver als Mensch in die öffentliche Betrachtung gerückt werden müsse und unterstützt damit ausdrücklich die Forderung der GdP.

In der Diskussion um die jüngsten Ereignisse in Emden und Aurich waren sich Frank Waterstraat und Dietmar Schilff einig, dass es notwendig ist, auch den Beteiligten in der Polizei beizustehen. Einig waren sich beide, dass Ruhe nötig ist, um die Vorgänge aufarbeiten zu können.

Neben einer Verabredung, den Austausch über polizeiliche Themen zu vertiefen, sagte der Seelsorger seine Teilnahme an der für den Herbst geplanten sozialpolitischen Konferenz der GdP zum Thema „Im Spannungsfeld polizeilicher Aufga-

benwahrnehmung und medialer Berichterstattung“ zu.

Waterstraat übernahm am 1. Oktober 2010 die Nachfolge von Pastor Jobst-Heinrich Ubbelohde, der dieses Amt 15 Jahre ausübte. Als Schwerpunkte seiner Arbeit sieht er insbesondere das Feld dienstlicher Belastungen. Die Polizeiseelsorge müsse in diesem Bereich sowohl in der Theorie als auch in der Praxis Angebote machen und die Belastungen im Blick haben.

Die GdP empfiehlt den Aufsatz von Frank Waterstraat „Der Mensch in der Katastrophe“. Dieser Aufsatz beschreibt unter den Aspekten Prävention, Einsatzbegleitung und -nachsorge Ansätze zur psychosozialen Bewältigung hochbelastender Schadensereignisse. Dabei sind sowohl Einsatzkräfte als auch Betroffene im Blick. Der Aufsatz sowie weitere Infos unter www.kirchlicher-dienst-in-pz.de.

Jana Herzog

TAG DER ARBEIT 2012

Aufruf zum 1. Mai in Niedersachsen

Unter dem Motto „Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit“ gehen der DGB sowie seine Mitgliedsgewerkschaften in den diesjährigen Tag der Arbeit am 1. Mai und sagen damit zudem Ja zur europäischen Integration. In Niedersachsen beteiligt sich die GdP wieder an verschiedenen Kundgebungen und ruft ihre Mitglieder insge-

samt zur Teilnahme an Veranstaltungen anlässlich des 1. Mai 2012 auf.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff wird an diesem Tag bei der Kundgebung in Schöppenstedt (Landkreis Wolfenbüttel) Hauptredner sein. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witt Haut spricht bei der DGB-Veranstaltung in Lüneburg. Christian Hoffmann

VERABSCHIEDUNG

Waltraut Thyssen legt ihre Ämter im Landesvorstand nieder

Mit Datum vom 22. 3. 2012 hat Waltraut Thyssen aus persönlichen Gründen alle Verpflichtungen im Landesvorstand abgegeben. Sie machte deutlich, dass ihr die Arbeit im Gremium und für die Beschäftigten immer viel Spaß gemacht hat, ihre derzeitige gesundheitliche Situation aber eine Verringerung von Aktivitäten erfordere.

Bereits vor ihrer Wahl zum Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes (GsV) im Jahr 2007 war Waltraut Thyssen als Vorsitzende des GdP-Fachausschusses Verwaltung im Landesvorstand tätig. Dort hat sie dafür gesorgt, dass die immer geringer werdende Zahl der Beamtinnen und Beamten der Poli-

zeiverwaltung sowohl in der GdP als auch bei der Landesregierung Gehör gefunden haben.

Im GsV hat sie diese Arbeit fortgesetzt und darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit der Frauengruppe der GdP die Interessen der weiblichen Beschäftigten in der Polizei in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt sowie ihr Fachwissen im Bereich der Arbeitssicherheit und Versorgung eingebracht.

Während der Sitzung des Landesvorstandes am 23. 3. 2012 sowie am 28. 3. 2012 anlässlich der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe BePo Oldenburg, der sie angehört, würdigte der Landesvorsitzende Dietmar Schilff ihr Engagement, bedankte sich für ihren wichtigen ehrenamtlichen Einsatz und wünschte ihr vor allem Gesundheit.

Jana Herzog



Staatssekretärin folgt Einladung der GdP Niedersachsen

Der Geschäftsführende Landesvorstand (GsV) der GdP hat sich Anfang April bei einer Sitzung in der Landesgeschäftsstelle intensiv mit der Staatssekretärin des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport, Dr. Sandra von Klaeden, ausgetauscht.

Freisetzungsprogramms. Die Staatssekretärin bekräftigte die Absicht des Innenministeriums, Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte auch künftig nach Möglichkeit von vollzugsfremden Tätigkeiten freihalten zu wollen. Perspektivprobleme im Beschäftigtenbereich habe man in den Blick genommen. So konnten beispielhaft mit Haushalt 2012/2013 neben den Hebungen für den Vollzugsbe-

wir uns den Herausforderungen des demographischen Wandels. Beispielhaft mit modernen Werbemethoden, frühzeitiger Bewerberbindung, zeitgemäßen Instrumenten der Personalbetreuung wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Gesundheitsmanagement, aber eben auch mit Stellenhebungsprogrammen gewährleisten wir, dass der Polizeiberuf auch weiterhin attraktiv und wett-

„Alle kritischen Themen wurden angesprochen und die Positionen der GdP deutlich gemacht. Die Diskussionen verliefen durchweg in sehr angenehmer Atmosphäre“, sagte GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff am Ende des Gesprächs mit der Staatssekretärin.

Neben den Ereignissen des Morgens an der elfjährigen Lena in Emden wurden zudem die Ermittlungen in dem Fall gemeinsam thematisiert.

„Ferndiagnosen verbieten sich dabei eigentlich immer“, sagte Dr. Sandra von Klaeden während der Sitzung. Hinsichtlich aufgetauchter Vorverurteilungen durch die Nutzer sozialer Netzwerke (wie beispielsweise Facebook) erwartet sie eine verstärkte Diskussion.

Zudem besprach der GsV mit der Staatssekretärin das Tarifergebnis für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen sowie mögliche Auswirkungen auf die 2013 bevorstehenden Tarifverhandlungen für die niedersächsischen Landesbeschäftigten. Dabei brachte Dietmar Schilff zum Ausdruck, dass es einen vergleichbaren Abschluss für Niedersachsen geben müsse. Der GsV forderte zudem grundsätzlich bessere Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte im Lande sowie die Fortführung des

reich auch für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte Hebungen erreicht werden, so Frau von Klaeden.

Darüber hinaus warnte die GdP vor der Entwicklung, nach der mehr Kolleginnen und Kollegen der Polizei Niedersachsen in andere Landespolizeien oder in übrige Bereiche des öffentlichen Dienstes wechselten, weil dort oft besser bezahlt werde und die Aufstiegsmöglichkeiten attraktiver seien. Auch die Sorge über künftig möglicherweise zurückgehende Zahlen geeigneter Bewerbungen für die Polizeiakademie brachte der GsV zum Ausdruck. „Die Bewerberzahlen sind derzeit nach wie vor gut, ein Rückgang ist nicht feststellbar. Beispielsweise lagen für die in 2012 zu besetzenden 660 Studienplätze insgesamt etwa 4750 Bewerbungen vor. Gleichwohl stellen auch

bewerbsfähig ist“, sagte die Innen-Staatssekretärin dazu.

Dietmar Schilff wies am Ende des konstruktiven Gesprächs noch einmal eindringlich auf die viel zu langen Wartezeiten bei der Beförderung nach A 10 hin und bekräftigte die GdP-Forderung nach Ablehnung des Dienstpostenkonzeptes A 11. „Für dieses Konzept gibt es nur eine Lösung: Es muss wieder abgeschafft werden“, betonte er abschließend.

Christian Hoffmann



Staatssekretärin Dr. Sandra von Klaeden (Stirnseite links neben dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff) zu Gast beim geschäftsführenden Landesvorstand der GdP.

Foto: Christian Hoffmann



Martin Hellweg: „Wir sind eine Polizei und dafür stehe ich!“

Die Deutsche Polizei führte ein Interview mit dem wiedergewählten Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates (PHPR), Martin Hellweg, über seine Ideen und Vorstellungen für die nächsten vier Jahre.

DP: Herzlichen Glückwunsch zu deiner Wiederwahl. Wie beurteilst du in der Rückschau den Erfolg der GdP?

Martin Hellweg: Ich freue mich sehr über das gute Wahlergebnis für unsere GdP-Liste. Der tatsächliche Stimmenzuwinn von mehreren hundert Stimmen bei leicht geringerer Wahlbeteiligung zeigt deutlich, dass unsere Arbeit in den letzten vier Jahren Anerkennung bei unseren Kolleginnen und Kollegen gefunden hat.

Insbesondere der Hinzugewinn eines Platzes spricht für unseren an Sachthemen orientierten Personalratswahlkampf. Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen nicht, dass sich Berufsvertretungen und Gewerkschaften gegenseitig das Leben schwer machen. Ich sehe das genauso. Wir sollten unsere Kräfte darauf verwenden, etwas für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.

DP: Welchen Schwerpunkt möchtest du in den nächsten vier Jahren setzen?

Martin Hellweg: Mein Schwerpunkt für die nächsten vier Jahre ist die Wertschätzung der polizeilichen Arbeit. Sie darf sich nicht nur bei „warmen Worten“ bei Vereidigungen, ähnlichen Veranstaltungen oder im Landtagswahlkampf wiederfinden, sie muss auch tatsächlich bei den Beschäftigten der Polizei ankommen. Und hier spreche ich, und das ist mir besonders wichtig, für alle Beschäftigten, ob Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer, ob Verwaltungsbeamtin oder Verwaltungsbeamter oder ob Vollzugsbeamtin oder Vollzugsbeamter. Wir alle gemeinsam sorgen für die gute Arbeit der Polizei. Und bei uns allen muss sich die Wertschätzung wiederfinden.

Hierzu gehört, dass man die Beschäftigten seitens der Politik als Menschen und nicht als Vollzeiteinheiten oder Kostenfaktoren sieht. Privatisierung ist



Martin Hellweg
Foto: Uwe Robra

nicht das Allheilmittel, egal ob Küchen, Werkstätten oder Kampfmittelbeseitigung.

DP: Die demographische Entwicklung wird auch die Polizei betreffen. Wie kann aus deiner Sicht die Attraktivität des Berufes für junge Menschen erhöht werden?

Martin Hellweg: In den nächsten Jahren muss dringend etwas im ersten Beförderungssamt geschehen. Neben Gewerkschaften müssen auch die Personalvertretungen ihre Chancen nutzen, mit der Politik und den Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Es darf nicht sein, dass die Landespolizei Abiturienten gut an der Polizeiakademie ausbildet und dann mehr als zehn Jahre im Eingangssamt A 9 beschäftigt. Mehr Beförderungsmöglichkeiten bedeuten gleichzeitig auch mehr Möglichkeiten für den Bereich der Polizeiverwaltung.

In diesen Zusammenhang gehört für mich auch die Abschaffung des derzeitigen A-11-Konzeptes. Die Bedenken, die wir als Personalräte bereits während der Arbeit der Landesarbeitsgruppe geäußert haben, sind eingetreten. Viele Probleme werden noch hinzukommen und mit Wertschätzung der polizeilichen Arbeit hat dies nichts zu tun. Es ist leider so, dass die derzeitige Landesregierung nicht bereit ist, dieses offenkundige Problem zu lösen, obwohl fast die gesamte Polizei damit nicht einverstanden ist.

Die polizeiliche Arbeit ist A-11-wertig und an der Umsetzung dieser gerechten

Bewertung muss konkret gearbeitet werden.

DP: Wo siehst du noch weitere Schwerpunkte in den nächsten Jahren?

Martin Hellweg: Neben der Gewalt gegen Polizeibeamte ist das Thema „Burn out“ ein zukünftig immer wichtigeres Betätigungsfeld für Personalräte. Aufgrund der immer höheren dienstlichen Belastung wie Aufklärungsquote, Kennzahlen und Einsätze stellen wir vermehrt fest, dass sich Kolleginnen und Kollegen zurückziehen, innerlich kündigen oder krank werden. Hier müssen Personalräte gemeinsam mit den dienstlich Verantwortlichen gegensteuern.

DP: Welche Leitsätze sind für deine Arbeit wichtig?

Martin Hellweg: Auf den Internetseiten des Niedersächsischen Innenministeriums stehen folgende Sätze, die für mich sehr wichtig sind:

„Niedersachsen hat bereits 1994 ein modernes Personalvertretungsrecht geschaffen. In Zeiten notwendiger Veränderungen im Rahmen von Staatsmodernisierung und Verwaltungsreformen ist es wichtig, bei der Umsetzung der Ziele in den Verwaltungen auf die Mitarbeit einer motivierten und verantwortungsbewussten Personalvertretung rechnen zu können.“

Personalräte und Dienststelle arbeiten vertrauensvoll und partnerschaftlich zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben und zur Wahrung der Belange der Beschäftigten zusammen. Hier sehe ich die Verantwortung des Personalrates vor allem darin, dass wir uns vor unsere Kolleginnen und Kollegen stellen. Wir sind eine Polizei und dafür stehe ich mit dem gesamten Team im PHPR. Nur mit einer starken Gewerkschaft wie der GdP im Rücken kann man als Personalrat etwas für die Beschäftigten bewegen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Termin-Check/Einladungen

Einladung JHV'en – Hameln-Pyrmont und Holzminden

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hiermit laden wir herzlich zu den folgenden Jahreshauptversammlungen ein:

- a) GdP-Kreisgruppen Hameln-Pyrmont am 3. Mai 2012, 16.00 Uhr, in der IPA-Tagungsstätte Hameln, Zentralstraße 9,
- b) GdP-Kreisgruppe Holzminden am 10. Mai 2012, 16.30 Uhr, im „Trio Gebäude“ der Medem-Kaserne Holzminden, Bodenstraße 9.

Im Anschluss wird jeweils zu einem kleinen Abendbüfett mit formlosen Meinungsaustausch bei Tisch eingeladen.

Die Vorstände

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Bepo Oldenburg

Am Mittwoch, dem 28. März 2012, ehrte die Kreisgruppe Bepo Oldenburg bei ihrer JHV längjährige Mitglieder, die der Gewerkschaft der Polizei seit 40 und 60 Jahren die Treue gehalten haben.



GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff (1. v. l.) ehrte in Anwesenheit der Landtagsabgeordneten Olaf Lies (MdL, 2. v. l.) und Jürgen Krogmann (MdL, 4. v. l.) und des KG-Vorsitzenden Dieter Käufer die Jubilare Werner Prange (3. v. l.) für seine 60-jährige sowie Manfred Brummer, Reiner Lindt und Martin Völkel (1., 2. und 3. v. l.) für ihre 40-jährige Mitgliedschaft. Foto: Olaf Wrede

Der Landesvorsitzende der GdP Niedersachsen, Dietmar Schilff, ehrte die Kollegen Manfred Brummer, Reiner Lindt und Martin Völkel für 40 Jahre Mitgliedschaft und den Kollegen Werner Prange für seine 60-jährige Mitglied-

schaft. In den Vorstand der GdP-Kreisgruppe Bepo Oldenburg wurden Dieter Käufer und Waltraut Thyssen als Vorsitzende, als Kassierer Klaus-Michael Czeliński und als Schriftführer Ingo Lowski einstimmig wiedergewählt.

Als Gäste nahmen die MdL Olaf Lies und Jürgen Krogmann an der JHV teil. Beide Landespolitiker diskutierten mit den GdP-Mitgliedern aktuelle landespolitische Themen und erklärten die Bereitschaft, den bestehenden, guten Kontakt zu intensivieren und auszubauen.

Ingo Lowski

Erwin Jark in den Ruhestand verabschiedet

Erwin Jark, bis vor wenigen Wochen noch Bezirkspersonalratsvorsitzender der Polizeidirektion Oldenburg, wurde am 30. März 2012 in den verdienten Ruhestand entlassen.



Von links nach rechts: Polizeipräsident Hans-Jürgen Thureau, Erwin Jark und GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff

Foto: Jörg Mildahn

Der Polizeipräsident Hans-Jürgen Thureau hatte eingeladen und alle waren gekommen, als Erwin Jark, in würdigem Rahmen des alten Landtages in Oldenburg, in den Ruhestand verabschiedet wurde. Dieser Rahmen machte deutlich, dass nicht nur die Person Erwin Jark Anerkennung finden sollte, sondern auch Ausdruck der Wertschätzung der Personalvertretung insgesamt, für die er immer eingestanden ist. Dies wurde in der Laudatio des Polizeipräsidenten Thureau noch einmal deutlich, der vor allem den fairen Umgang miteinander hervorhob. Der Landesvorsitzende der GdP, Dietmar Schilff, ließ es sich natürlich nicht nehmen, in seiner Rede die herausragende Arbeit von Erwin Jark auf dem Gebiet des Personalrates, aber vor allem auch in den verschiedenen Gremien der GdP anzusprechen und ihm dafür Dank und Anerkennung auszusprechen. In der GdP

bekleidet er derzeit den Posten des Kassierers der BG Oldenburg und ist Mitglied im Landeskontrollausschuss. Er war nicht nur in Oldenburg, sondern bis 2004 auch Bezirkspersonalratsvorsitzender in Lüneburg und selbstverständlich machte auch der Polizeipräsident Niehörster aus Lüneburg, Erwin mit seinem Erscheinen seine Aufwartung.

Falk Pokern, als frischgekürter Nachfolger von Erwin, hob vor allem die ruhige und besonnene Art des künftigen Ruheständlers hervor. Damit hat er sicherlich sehr viel dickere Bretter bohren können als mit lautem Getöse.

Die Gewerkschaft der Polizei wünscht Erwin für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute und hofft natürlich, auch in Zukunft auf seinen Rat und seine Schaffenskraft in „seiner“ GdP zurückgreifen zu können.

Jörg Mildahn/BG Oldenburg

Kreisgruppe PATB NI heißt jetzt KG ZPD Technik

Mehr als 50 Mitglieder – im aktiven Dienst wie im Ruhestand – konnte der KG-Vorsitzende **Peter Tiffert** zur Jahreshauptversammlung am 15. 3. 2012 im Wasser- und Schifffahrt Center Hannover begrüßen.

Wie jedes Jahr ehrte er, zusammen mit dem Bezirksgruppenvorsitzenden und frischgewählten Personalratsvorsitzenden der ZPD, **Frank Jürges**, die Jubilare: **Für 60 Jahre Mitgliedschaft** dankte er **Hans Georg Hippe**, für **50 Jahre Reinhard Sauer**. Zwei weitere Mitglieder konnten für **40 Jahre** und drei Mitglieder für **25 Jahre** beglückwünscht werden.

Als Ehrengast hielt der stellvertretende Landesvorsitzende **Klaus Dierker** einen kurzweiligen einstündigen Vortrag. Er berichtete u. a. über das Ergebnis der Wahl zum Polizeihauptpersonalrat, die Positionierung der GdP gegenüber den Parteien zur Landtagswahl und die demografische Entwicklung in der Polizei.

Im anschließenden Geschäftsbericht ging natürlich auch Peter Tiffert auf das Ergebnis der Personalratswahlen in der ZPD ein, bei der 80% der abgegebenen Stimmen auf die GdP entfielen. Dies deutete er als gutes Ergebnis und Beweis für die erfolgreich geleistete Arbeit der letzten vier Jahre. Weiterer Themenschwerpunkt war die Organisationsoptimierung „Nr. ??“ in der ZPD und das Projekt 2012. Zufrieden zeigte sich Peter Tiffert mit der Mitgliederentwicklung der Kreisgruppe. Gegenüber dem Vorjahr konnten 14 neue Mitglieder begrüßt werden.



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Er bedankte sich dafür bei den Vertrauensleuten der Kreisgruppe, die nicht müde würden, den nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen die Vorteile der Mitgliedschaft in der GdP aufzuzeigen.

Nach dem Kassenbericht standen die Wahlen des ersten Vorsitzenden und ei-

nes Kassenprüfers auf der Tagesordnung. Peter Tiffert wurde einstimmig im Amt des KG-Vorsitzenden gewählt. Ebenfalls einstimmig wurde **Mechtild Naili** für die ausscheidende Dagmar Lange zur Kassenprüferin gewählt. Zuletzt stand die **Namensänderung der Kreisgruppe** auf

der Tagesordnung. Seit fast vier Jahren ist das PATB NI Geschichte. Dieser Entwicklung mussten wir uns stellen. Nach kurzer aber intensiver Diskussion einigte man sich mit deutlicher Mehrheit auf den **neuen Namen „Kreisgruppe ZPD Technik“**.
PT & GR

GERICHTSURTEIL

Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts: Urlaubsstaffelung nach Alter ist diskriminierend!

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden, dass die Altersstaffelung der Urlaubsansprüche im TVöD altersdiskriminierend ist. Hierzu hatte die GdP bereits am 20. Januar 2011 alle Tarifbeschäftigten unter 40 aufgefordert, vorsorglich ihre Ansprüche auf 30 Tage Urlaub im Jahr geltend zu machen.

Mit Urteil vom 20. März 2012 hat das Bundesarbeitsgericht (Aktenzeichen: 9 AZR 529/10) entschieden, dass die Staffelung des Urlaubsanspruchs im TVöD nach

dem Lebensalter gegen das Verbot der Diskriminierung wegen Alters nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz von 2006 verstößt. Diese Staffelung verfolge nicht das legitime Ziel, einem gesteigerten Erholungsbedürfnis älterer Menschen Rechnung zu tragen, das sich bereits ab dem 30. bzw. 40. Lebensjahr kaum begründen ließe. Weiter hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass dieser Verstoß nur dadurch beseitigt werden kann, dass die Dauer des Urlaubs der unter 40-jährigen Beschäftigten „nach oben“ angepasst wird. Ihnen steht danach der höchste im Tarifvertrag vorgesehene Urlaubsanspruch zu.

In der dritten Verhandlungsrunde vom 28. bis 31. März 2012 brachten der Bund und die kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Forderung nach gesetzeskonformer Neuregelung des Urlaubsanspruchs im TVöD ein. Sie forderten zunächst eine Staffelung des Urlaubsanspruchs nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit und machten eine Tarifeinigung in der Tarifrunde 2012 von einer Einigung zur Urlaubsdauer abhängig. Später kündigten sie für den Fall der Nichteinigung über den Urlaub die Kündigung der Urlaubsre-

Fortsetzung auf Seite 8



NEUER SERVICE für GdP-Mitglieder sowie deren Angehörige



Anzeige

Die HAD Apotheke Deutschland bietet die Vorteile einer Versand-Apotheke sowie den Service und die Beratungssicherheit einer Vor-Ort-Apotheke.



Vorteile für GdP-Mitglieder auf einen Blick:

- Die Bestellung wird in der Regel innerhalb von 48 Stunden geliefert.
- **Diskrete Lieferung** der Waren durch unseren ständig überwachten Logistikpartner, in einem neutralen Karton.
- GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten bei rezeptfreien Produkten mindestens 20%** gegenüber dem AVK* und sammeln bis zu 3 % Treuebonus in Form von attraktiven Prämien.
Außerdem zahlen GdP-Mitglieder keine Versandkosten.
- Ein kompetentes Team aus Apothekern und Pharmazeutisch-Technischen-Assistenten steht unter der kostenfreien **Service-Nummer 0800 / 92 96 36-2** zur Verfügung
- Rund um die Uhr bestellen und damit Zeit und Geld sparen!
- Die HAD Apotheke Deutschland besitzt ein **Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000** und kann somit für einen hohen Qualitätsstandard garantieren.

* AVK = Apothekenverkaufspreis gemäß Lauer-Taxe.
** bezogen auf den AVK, auf alle nicht verschreibungspflichtigen Produkte.

Weitere Informationen unter: <http://www.gdpservice.de>

GdP-Mitgliederservice GmbH Niedersachsen
Berckhusenstr. 133 a | 30625 Hannover | Tel. 0511 / 53 03 80 | Telefax 0511 / 53 03 850



GERICHTSURTEIL

Fortsetzung von Seite 7

gelung im TVöD zum 31. Dezember 2012 an.

Die daraufhin vereinbarte Regelung sieht vor, dass die Beschäftigten des TVöD ab 2013 generell 29 und ab Vollendung des 55. Lebensjahres 30 Tage Urlaub im Jahr erhalten. Im Rahmen des Bestandsschutzes steht allen, die bereits das 40. Lebensjahr vollendet haben, weiterhin ein Anspruch von 30 Tagen zu.

Da der TV-L gleichlautend gestaltet ist, geht die GdP Niedersachsen davon aus, dass bis zu einer Neuregelung des TV-L durch die Tarifvertragsparteien alle Beschäftigten des Landes Niedersachsen einen Erholungsurlaub von 30 Arbeitstagen geltend machen können. Hier ist der niedersächsische Finanzminister gefragt, eine schnelle und rechtskonforme Regelung zu veranlassen.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass auch die Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen von dieser Entscheidung betroffen sind. Die Erholungsurlaubsverordnung des Landes Niedersachsen sieht in § 4 eine gleichlautende Altersstaffelung vor, die nach den Kriterien des BAG ebenfalls altersdiskriminierend sein dürfte. Hier fordert die GdP Niedersachsen, dass zeitnah eine Anpassung der Verordnung, die auf § 68 Niedersächsisches Beamtengesetz fußt, herbeigeführt werden muss und bis zu deren Inkrafttreten auch allen Beamtinnen und Beamten ein Erholungsurlaub in Höhe von 30 Tagen eingeräumt wird. Die GdP Niedersachsen hat den DGB als Spitzenorganisation aufgefordert, an die Landesregierung heranzutreten, um sowohl für

den Tarif- als auch den Beamtenbereich eine zeitnahe Klärung herbeizuführen.

Mittlerweile hat das Innenministerium zugesagt, bis zu einer grundsätzlichen Ent-

scheidung keinen Antrag auf Urlaub in Höhe von 30 Tagen zu bescheiden, um niemanden in die Klagefrist zu zwingen.

Jana Herzog

SENIORENGRUPPE

4. GdP-Seniorenreise nach Madeira

Nach kurzer Anmeldefrist hatten sich 82 Seniorinnen und Senioren der GdP Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Seniorenfahrt nach Madeira angemeldet.

Von Hamburg und Hannover ging es über Nürnberg bzw. München am 15. März nach Madeira. Bei gutem Wetter und gut gelaunt ging es dann in unser gebuchtes Hotel nach Funchal. Der Nachmittag wurde von vielen genutzt, um erste Eindrücke von der Stadt zu sammeln. Der erste Tag ging mit einer kurzen Begrüßung am Abend zu Ende. Am nächsten Tag ging es gleich morgens zur Besichtigungs- und Erkundungstour mit der für Niedersachsen zuständigen Reisebegleiterin Lucia durch Funchal. Hier waren der Dom, die Markthalle, die Altstadt mit den engen Gassen, der Botanische Garten mit den schönen, bunten und herrlichen Anlagen Höhepunkte der Besichtigungstour. Der Ausflug endete mit einer Wein- und Honigmandelkuchenprobe.

Anlaufpunkte in Madeiras Westen waren der Fischerort Câmara de Lobos, die höchste Steilküste Europas Cabo Girão, der

Encumeada-Pass und über Porto Moniz ging es dann wieder zurück zum Hotel.

Das erste Ziel im Nordosten Madeiras war das berühmte Korbflechterdorf Camacha, über den Poiso-Pass ging es anschließend ins Naturschutzgebiet Ribeira Frio. Weiteres Ziel dieser Tagesfahrt war der Ort Santana mit den kleinen typischen Häusern, deren Dächer bis auf den Boden reichen.



Die niedersächsischen Teilnehmer im Botanischen Garten. Foto: Rudi Refinger

„Madeiras Gärten“ hieß eine Fahrt in die wunderbare Blütenpracht und seinen einzigartigen alten Baumbestand im Jardins do Imperador. Oberhalb von Funchal, in Monte, wurde die Wallfahrtskirche Nossa Senhora do Monte mit der Ruhestätte des letzten österreichischen Kaisers besucht, bevor es dann zur obligatorischen Korb-schlittenfahrt durch die engen Straßen von Funchal ging. Ein schöner einzigartiger Blick von einer Aussichtsplattform in das Dorf Curral das Freiras (Nonnental) schloss wieder einen Reisetag ab.

Wer auf Madeira gewesen ist, muss auch eine Levada-Wanderung (künstlich angelegte Bewässerungsgräben) gemacht haben.

Nach einer Woche hieß es dann für 49 Kolleginnen und Kollegen Abschied zu nehmen, während die übrigen 33 Teilnehmer und Teilnehmerinnen noch eine weitere Woche auf der schönen Insel bleiben konnten. Alle waren sich einig, dass im nächsten Jahr wieder eine von PSW-Reisen Schleswig-Holstein und der GdP Mitgliederservice GmbH Niedersachsen gut vorbereitete Seniorenreise stattfinden muss. Ziele und Zeitpunkt wurden schon angesprochen und müssen jetzt „nur“ noch umgesetzt werden.

Rudi Refinger

NACHRUUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Barkemeyer, Gisela	29. 3. 1939	Krs.-Gr. Delmenhorst
Bartels, Friedrich	8. 1. 1919	Krs.-Gr. Harburg
Blume, Rudolf	10. 3. 1921	Krs.-Gr. Braunschweig
Brosig, Karl Hugo	19. 3. 1932	Krs.-Gr. Hildesheim
Dierks, Willi	9. 3. 1924	Krs.-Gr. Nienburg
Dohm, Herta	9. 6. 1920	Krs.-Gr. Osnabrück
Großmann, Rudolf	24. 11. 1920	Krs.-Gr. Behördenstab ZPD
Hertzog, Norbert	15. 7. 1949	Krs.-Gr. Aurich
Poburski, Heinrich	18. 12. 1926	Krs.-Gr. PI Garbsen
Sadelfeld, Hermann	31. 10. 1940	Krs.-Gr. Vechta
Stenke, Ursula	24. 4. 1918	Krs.-Gr. Cuxhaven
Sturm, Helmut	2. 7. 1911	Krs.-Gr. Hildesheim
Volkman, Horst	25. 5. 1921	Krs.-Gr. Osterode
Weber, Hans	3. 6. 1924	Krs.-Gr. Hameln-Pyrmont
Weichler, Siegfried	28. 10. 1928	Krs.-Gr. Harburg

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

